„Die Erfahrung verletzter Würde“

Bei der Bundestagswahl war die AfD bei Arbeitern mit Abstand die stärkste Partei. Der Soziologe Klaus Dörre forscht seit Jahren zu den Ursachen.

Interview: Peter Laudenbach

Wird die AfD die neue Arbeiterpartei? Bei der Bundestagswahl erreichte sie bei Arbeitern und Arbeitslosen die größte Zustimmung. Das hat viele Ursachen, auch kulturelle. Der Industriesoziologe Klaus Dörre hat in Studien Einstellungsmuster und Lage deutscher Industriearbeiter untersucht, oft in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften.

SZ: Herr Dörre, weshalb hat die AfD bei der Bundestagswahl bei Arbeitern und Arbeitslosen mit Abstand die meisten Stimmen bekommen?
Klaus Dörre: Der Anteil der Arbeiter, der AfD wählt, steigt seit Jahren. Bei der Wahl zum Europaparlament waren es noch 33 Prozent, jetzt sind es bei der Bundeswahl 38 Prozent. Bei den Arbeitslosen kam die AfD auf 34 Prozent, fast das Dreifache der SPD. Bei den Landtagswahlen in Thüringen haben 49 Prozent der Arbeiter AfD gewählt, in Brandenburg 46 Prozent, in Sachsen 45 Prozent. Nicht nur der Wahlerfolg der AfD in dieser Gruppe ist überdurchschnittlich hoch, sondern auch der Zuwachs seit den letzten Wahlen.

Klaus Dörre, 67, ist emeritierter Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und einer der profiliertesten Sozialwissenschaftler des Landes.
FOTO: HOLGER JOHN/IMAGO

Kann man das mit Abstiegsängsten und Wohlstandsverlusten erklären?
Das greift zu kurz. Wir haben in verschiedenen Studien Industriearbeiter in der Automobilindustrie befragt. Das sind Leute, die relativ gut verdienen, aber um ihren Status fürchten. Bei VW zum Beispiel wurde die Beschäftigungssicherungsgarantie bis 2029 erkauft mit einer Produktivitätssteigerung um 30 Prozent im Dreischichtsystem. Die Arbeiter im VW-Werk Kassel-Baunatal sagten uns, das ist Schmerzensgeld für unsere verlorene Lebenszeit. Sie haben völlig zu Recht das Gefühl, dass ihre Probleme in den öffentlichen Debatten nicht vorkommen. Dieses Gefühl, nicht gesehen zu werden, nicht anerkannt und ernst genommen zu werden, ist uns bei unseren Befragungen von Industriearbeitern immer wieder begegnet. Das erzeugt ein Gefühl der Kränkung, das Rechtspopulisten gekonnt bewirtschaften.

Geht es dabei nur um Arbeitsbedingungen und fehlende Sicherheit?
Nein, das geht viel weiter. Das betrifft auch so etwas wie Wertorientierung, kulturelle Prägungen, Lebensformen. Es geht natürlich auch um Geld, aber subjektiv wiegt es manchmal schwerer, wenn die eigenen Vorstellungen vom guten Leben gesellschaftlich missachtet werden. Wenn jemand auf dem Land lebt und in Eisenach in der Fabrik arbeitet, braucht er ein Auto, und vielleicht hat er auch Spaß daran, ein schnelles Auto zu fahren. Diese Leute registrieren sehr genau, wenn in Teilen der öffentlichen Debatte Autos, erst recht solche mit Verbrennermotor, verteufelt werden. Die Leute arbeiten hart, sie sind stolz auf ihr Häuschen und ihr Auto. Das ist ihr Entwurf vom guten Leben. Wenn das infrage gestellt wird, rappelt es. Sie wollen nach Feierabend ihre Ruhe haben und sich ganz sicher nicht „von Leuten, die von Bandarbeit keine Ahnung haben, irgendetwas vorschreiben lassen“ – das ist ein wörtliches Zitat aus unseren Befragungen.

Wer will ihnen denn in ihrer Freizeit Vorschriften machen?
Sie fühlen sich von bessergestellten Akademikern und einem grünen Diskurs bevormundet, der zum Beispiel ihre Liebe zum getunten Auto verachtet. Arbeiter in ländlichen Industrieregionen, Baden-Württemberg, Bayern, Nordhessen, waren lange Zeit klassische SPD-Klientel. Sie sind in ihren Wertvorstellungen relativ konservativ, etwa was die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern oder die Zentralität von Familie angeht. Dieses traditionelle Familienbild sehen sie bedroht. Die AfD nutzt das aus. Die Festanstellung war für diese Arbeiter verbunden mit etwas, was wir Sozialeigentum nennen, also Partizipationsrechte, soziale Rechte, soziale Sicherungssysteme. Das konstituierte den Status eines Sozialbürgers. Je stärker das erodiert, etwa weil soziale Rechte oder die Festanstellung bedroht sind, desto aggressiver werden tradierte Geschlechterrollen und Familienbilder verteidigt, als sei das ein letzter Halt, wenn alle Sicherheiten wegbrechen.

Bei der Bundestagswahl war die AfD bei Arbeitern die stärkste Partei, im Bild eine Wahlkampf-Veranstaltung in Thüringen. FOTO: JACOB SCHRÖTER/DPA

Es will ihnen ja niemand ihre Familie oder ihre Vorstellungen von Männlichkeit wegnehmen. Woher kommt die Aggression?
Vom Empfinden, dass das, was man selbst als normal empfindet, infrage gestellt wird. Sie haben permanent das Gefühl, dass in den gesellschaftlichen und medialen Öffentlichkeiten über alles Mögliche, jede Minderheit und jede sexuelle Orientierung geredet wird, und dass sie selbst mit ihren Lebensentwürfen nicht mehr vorkommen. Und wenn doch, werden sie als spießig und provinziell missachtet. Das kommt bei ihnen als Angriff auf ihre Vorstellung von Normalität an. Aber es gibt immer auch das genaue Gegenteil, zum Beispiel queere Arbeiterinnen und Arbeiter, die ganz andere Lebensentwürfe und Beziehungsformen haben und das auch offensiv vertreten.

Und das alles ergibt eine explosive Mischung des Gefühls der Bedrohung und Zurücksetzung?
Das Unbehagen großer Teile der Arbeiterschaft hat viel mit dem Eindruck zu tun, dass die Würde der eigenen Arbeitstätigkeit und Statusposition verloren geht. Das ist Ehrverlust, eine altmodische, aber sehr treffende Bezeichnung von Max Weber. Das ist in der Arbeiterschaft sehr stark verbreitet. Französische und amerikanische Soziologen kommen in ihren empirischen Studien zu ganz ähnlichen Ergebnissen. Es gibt nicht nur die Angst vor materiellem Statusverlust, man kann sich auch kulturell missachtet fühlen.

Haben Sie eine Erklärung für den großen Erfolg der AfD bei Arbeitslosen, und das obwohl das Programm der AfD ausgesprochen marktradikal ist?
Das hat mit Selbstaufwertung durch die Abwertung anderer zu tun. Wir haben in einer größeren Studie über sieben Jahre lang Hartz-IV-Bezieher befragt. Ein Befund war, dass der Bezug von Hartz IV oder jetzt Bürgergeld, als Kränkung erlebt wird. Man ist aus eigener Kraft nicht in der Lage, sich und seine Familie zu ernähren. Obwohl man ein Recht darauf hat und es keinen Grund gibt, sich dafür zu schämen, kann das massiv das eigene Selbstbild verletzen. Als subjektive Verarbeitungsform dieser Kränkung kann man sich mit der Wahl der AfD abgrenzen und signalisieren, dass man selbst nicht zu den Faulen, Leistungsunwilligen, Integrationsunwilligen gehört: Ich kann nichts dafür, dass ich keine Arbeit finde, faule Sozialbetrüger sind die anderen. Und diese anderen sind dann zum Beispiel Migranten, denen unterstellt wird, in die Sozialsysteme einzuwandern. Das ist die Ethnisierung sozialer Konflikte. Es gelingt der AfD sehr gut, Verteilungskonflikte zwischen oben und unten zu Konflikten zwischen innen und außen umzudefinieren, zwischen Migranten und „autochthonen Deutschen“, wie das Björn Höcke nennt. Diese Formen der Selbstaufwertung durch Abwertung anderer findet man übrigens auch im Niedriglohnsektor, der seit den Hartz IV-Reformen massiv gewachsen ist.

Haben Sie ein Beispiel?
Ich hatte vor einigen Tagen auf einer Konferenz eine Diskussion mit hauptberuflichen Gewerkschaftssekretären der IG BAU. Die berichten, dass viele Reinigungskräfte, die full-time arbeiten, zusätzlich Bürgergeld beziehen müssen, weil das Gehalt nicht reicht. Sie verschweigen das Bürgergeld, zum Beispiel gegenüber ihren Kollegen, weil sie befürchten, sich dadurch selbst abzuwerten. Auch unter diesen schlecht bezahlten Reinigungskräften wählen nach Einschätzung der Gewerkschafter viele die AfD. Das gilt selbst für Migranten, die sich so gegenüber anderen Migranten abgrenzen, die nicht arbeiten oder noch nicht so lange im Land sind – ähnlich wie Leiharbeiter, die in die Stammbelegschaft übernommen worden sind, mit besonderem Argwohn auf andere Leiharbeiter herabsehen.

Wollen Arbeiter und Arbeitslose Erfahrungen von Kränkung kompensieren, wenn sie AfD wählen?
Das kann zumindest ein starkes Motiv sein. Aber diese Kompensation ist illusorisch, eine Scheinrebellion. Mein Leben, meine soziale Sicherheit und kollektive Wirkmacht werden ja durch die Abwertung anderer nicht wirklich besser. Das ist fiktiv. Real ist die Erfahrung verletzter Würde, also Max Webers Begriff des Ehrverlusts, die Zersetzung von Arbeiterstolz. Die demokratischen Parteien haben darauf offenbar keine oder nicht ausreichend überzeugende Antworten gefunden. Arbeiter in den 1950er-, 1960er-, 1970er-Jahren hatten so etwas wie proletarischen Stolz, Klassen-Selbstbewusstsein, verbunden mit einer kollektiven Aufstiegshoffnung. Das gehört zur demokratischen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, und das ist aus vielen Gründen massiv brüchig geworden. Ein Ausgangspunkt all dieser Prozesse ist das, was der Soziologe Wilhelm Heitmeyer das „entsicherte Jahrzehnt“ nach den Hartz-Reformen nennt, das Erodieren sozialer Sicherung, das den Leuten völlig zu Recht Angst macht.

Versuchen Rechtsextreme Einfluss auf Gewerkschaften zu nehmen?
Es gibt rechte Splittergewerkschaften wie das „Zentrum“. Gemessen an der Zahl ihrer Betriebsratssitze sind sie relativ unbedeutend. Sie haben das Potenzial von AfD-Wählern in der Arbeiterschaft bisher nicht ausgeschöpft. Aber sie wirken als Tabubrecher. Die Botschaft ist: Gewerkschaften sind link-grün unterwandert und kümmern sich nicht genug um Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern machen Politik über die Köpfe ihrer Mitglieder hinweg. Das stößt durchaus auf Resonanz.

„Städte wie Kaiserslautern oder Gelsenkirchen waren SPD-Hochburgen.“

Welchen Anteil daran haben die Linken, die sich mehr für Identitätspolitik als für soziale Gerechtigkeit interessiert?
Ich finde es nicht unbedingt sinnvoll, Klassen- und Identitätspolitik gegeneinander auszuspielen. Aber es ist sicher ein Problem, dass auch in der SPD die Arbeiterklasse unter denen, die Politik machen, kaum noch vertreten ist, etwa unter Bundestags-abgeordneten oder Landtagsabgeordneten. Ich sage es nicht gern, aber bei der AfD ist das anders. Die lebensweltlichen Probleme dieser Großgruppe von Menschen findet in linken, demokratischen Parteien zu wenig Resonanz. Das hat irgendwann Folgen. Städte wie Kaiserslautern oder Gelsenkirchen waren SPD-Hochburgen, da ist jetzt die AfD stärkste Partei. Die Kombination aus Entwertung industrieller Arbeit, Verlust sozialer Infrastruktur und Armutsmigration von Geringqualifizierten führt zu alltagswirklichen Problemen, die die AfD mit dem Angebot von Ressentiment bewirtschaftet. Ich befürchte, dass der Funktionärskörper der SPD von dieser Alltagswirklichkeit relativ weit entfernt ist. In Deutschland können sich 6,2 Millionen Menschen, die in Vollzeit arbeiten, weder eine Urlaubsreise noch einen Restaurantbesuch oder die anderen Dinge leisten, die das Leben schön machen. Olaf Scholz hat Respekt versprochen, gerade für hart arbeitende Menschen. Aber so was muss man natürlich durch reale Politik unterlegen. Wenn das ausbleibt, muss man sich über entsprechende Wahlergebnisse nicht wundern.